

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend**

**Erarbeitung eines Maßnahmenbündels zur Unterbindung des religiös motivierten
Extremismus**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als
dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Das für Integration zuständige Mitglied der Landesregierung wird beauftragt, ein Maßnahmenbündel zu erarbeiten, um Tendenzen des religiös motivierten Extremismus in Oberösterreich zu verhindern.

Begründung

In den vergangenen Jahren wurden verstärkt politische und religiöse Konflikte nach Österreich importiert, beispielsweise zwischen Sunniten und Schiiten, zwischen Türken und Kurden, zwischen liberalen Muslimen und Vertretern des politischen Islams. Diese Konflikte sind nicht neu, es ist aber davon auszugehen, dass sie durch die angewachsene Zahl an Zuwanderern angestiegen sind. Insbesondere die jüngsten Ausschreitungen in Wien zeigen, dass mittlerweile auch der öffentliche Raum von Strömungen des politischen Islams vereinnahmt wird und auch nicht mehr vor Gewaltbereitschaft im öffentlichen Raum zurückgeschreckt wird.

Um solche Entwicklungen – wie sie in Wien geschehen sind – für Oberösterreich zu verhindern, ist es wichtig, dass nicht nur im Bereich der inneren Sicherheit, sondern vor allem auch im Integrationsbereich ein noch stärkerer Fokus auf die Bekämpfung von Extremismus gelegt wird. Das gilt vor allem präventiv, um politisch-religiös motivierte Konflikte wie jenen in Wien zu unterbinden.

Oberösterreich ist das erste Bundesland, das mit dem Oö. Integrationsleitbild von 2018 religiös motivierten Extremismus klar thematisiert. Dort heißt es im Wortlaut: „Die Verbreitung von Hass, religiös oder politisch begründeten Extremismus, Islamismus, demokratiefeindliche Ideologien und abwertende Haltungen gegen Gruppen lehnen wir ab. Das Land Oberösterreich tritt diesen Strömungen, Netzwerken und Institutionen mit den Mitteln des Rechtsstaats entgegen, ohne dabei seine gleichheits- und freiheitsorientierten Werte und Prinzipien zu leugnen.“

Es geht nun darum, diese Zielsetzung des Oö. Integrationsleitbildes mit konkreten Maßnahmen zu untermauern, um der Ausbreitung von extremistischen, islamistischen und

demokratiefeindlichen Tendenzen in Oberösterreich tatsächlich den Riegel vorzuschieben. Dazu zählt insbesondere eine verstärkte Bewusstseinsbildung, um vor allem junge Muslime frühzeitig zu sensibilisieren und vor dem politischen Islam zu schützen; sowie Sanktionsmaßnahmen für Vereine, die Integration in Oberösterreich be- oder verhindern.

Das für Integration zuständige Mitglied der Oö. Landesregierung wird beauftragt, umgehend ein Maßnahmenpaket vorzulegen und umzusetzen, um Tendenzen eines religiös motivierten Extremismus zu unterbinden und insbesondere entsprechenden Strömungen aus dem Ausland hier in Oberösterreich den Nährboden für Gewalt und Extremismus zu entziehen.

Linz, am 7. Juli 2020

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Hattmannsdorfer, Kirchmayr, Hingsamer, Manhal, Rathgeb, Scheiblberger, Dörfel, Csar, Tausch

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr